Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr 3.

Stettiner  Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 29. November 1881. Nr. 556.

Deutschland.

Berlin, 28. November. Die Budgetkommission des Reichstages hat bereits ihre Arbeiten begonnen und es hat sich dabei herausgestellt, daß die Berathungen in der Kommission rasch abgewickelt werden können. Eine große Anzahl von Etats ist auch bereits genehmigt worden und es gewinnt den Anschein, als ob ein Widerspruch von Erheblichkeit überhaupt nicht hervortreten werde. Es ist schon jetzt abzusehen, daß die Budgetberathung, der eigentliche Kernpunkt der Session, dieselbe nicht aufhalten wird. Auch gegen das Extraordinarium des Reichsamts des Innern, mit welchem man sich beschäftigte, fand sich kein Widerspruch. Aus den Privatunterhandlungen des Reichskanzlers geht hervor, daß die Angelegenheit wegen Errichtung des Reichstagsgebäudes aufs neue in ungewisse Ferne geschoben werden soll. In dieser Beziehung darf der Reichskanzler der Uebereinstimmung des Centrums gewiß sein; diese Partei widerstrebt bekanntlich der Errichtung des Reichstagsgebäudes, in welcher das geeinte Reich die greifbarste Verkörperung findet, und es ist deshalb von dieser Seite, wie man weiß, mit Geschick und Glück schon wiederholt eine Hinausschiebung dieser Angelegenheit durchgesetzt worden. Von anderen Gesichtspunkten ausgehend, stimmt doch der Reichskanzler darin mit dem Centrum überein, daß der definitive Reichstagsbau vorläufig unterbleiben könne. Wie wir hören, wird im Laufe der Etatsberathung oder auf dem Wege der Interpellation seitens des Reichstages eine offene Erklärung über diese Angelegenheit bewirkt werden.

Bezüglich der Kostenbewilligung für den Zollanschluß Hamburgs ist bereits die Verweisung der Vorlage an eine Kommission mit Bestimmtheit als Ergebniß der ersten Lesung vorauszusagen. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Zustimmung des Reichstages zu der Vorlage erfolgen wird, zumal da der Anschluß jetzt von Hamburg aus selbst befürwortet wird. Indessen stellen sich der Vertragsschließung gegenüber nach Form und Inhalt noch staatsrechtliche Bedenken entgegen, deren Klarstellung von der Kommission betrieben werden soll; die Kostenhöhe dagegen dürfte wenig von irgend einer Seite beanstandet werden.

— Ueber den gegen den General Tscherewin verübten Mordversuch veröffentlicht der „Petersburger Regierungsbote" eine amtliche Mittheilung, welche bestätigt, daß der Thäter Nicolai Sankowsky ein Edelmann aus dem Gouvernement Grodno sei und daß sein Reisebegleiter auf der Fahrt von Moschansk nach Petersburg, der Bürger Melnikow, ebenfalls verhaftet wurde. Dieser neue Anschlag gegen das Leben eines hohen Staatsbeamten giebt den seit einigen Tagen in der russischen Hauptstadt verbreiteten Gerüchten von bevorstehenden nihilistischen Attentaten einen gewissen Rückhalt. So wird der „Fr. Ztg." aus Petersburg von dem (ziemlich unglaubwürdigen) Gerücht gemeldet, daß der Generalstabschef Nepokoitschitzki, an dessen Leichenbegängniß General Tscherewin theilzunehmen im Begriffe stand, als der Angriff gegen ihn erfolgte, ebenfalls ein Opfer der Nihilisten und an Vergiftung gestorben sei. Derselbe Korrespondent erwähnt sodann, daß der Kaiser vor einer Woche einen Brief erhalten habe, worin er auf die schlechte und zwecklose Bewachung aufmerksam gemacht und ihm erklärt wurde, man werde seine sämmtlichen Adjutanten niederschießen, um ihm das zu beweisen.

Ein Telegramm des Londoner „Standard" weiß von einem soeben entdeckten nihilistischen Komplott gegen das Leben des Zaren zu berichten, das höchst phantastischer Natur gewesen sein soll. Der kaiserliche Palast in Gatschina sollte mittelst eines mit Dynamit und anderen Sprengstoffen gefüllten Ballons in Brand gesteckt und in der dadurch verursachten Verwirrung der Zar so wie etwaige andere anwesende Mitglieder der kaiserlichen Familie entführt werden. Die von der Polizei beschlagnahmte Maschinerie zeigt, daß für die Ausführung des Komplotts alles in Bereitschaft war; doch wurde dasselbe durch die Verzagtheit eines jüngeren Mitgliedes der geheimen Liga vereitelt, welches einen anonymen Brief an den Zaren richtete und ihn darin benachrichtigte, daß Gatschina niedergebrannt und er bald ein Gefangener in der Gewalt der Nihilisten sein würde. Dieser Brief ward der Polizei übergeben, welche bald in der Lage war, Verhaftungen vorzunehmen. Unter den Verhafteten befinden sich der Polizeichef einer bedeutenden Provinzialstadt, zwei Töchter eines hohen Staatsbeamten, zwei jüdische Kaufleute, welche das von den Verschworenen gebrauchte Material geliefert, sowie eine große Anzahl Studenten und gewisse thätige Mitglieder des Nihilistenbundes.

Das Material zum bevorstehenden politischen Prozeß gegen den intellektuellen Urheber der Ermordung Alexanders II Trigonja soll der „Nowoje Wr." zufolge außerordentlich umfangreich sein und mehrere Bände umfassen. Wann der Prozeß beginnt, ist noch unbestimmt, soviel steht jedoch fest, daß die Verhandlungen bei geschlossenen Thüren stattfinden werden.

— Die rumänischen Kammern sind gestern durch den König mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher vornehmlich die Stelle über die Freiheit der Donauschifffahrt in Rumänien Aufmerksamkeit verdient. König Karol führt bezüglich dieser Frage eine sehr entschiedene Sprache, welche zumal in Wien zu denken geben wird. Die „C. T. C." giebt von der Thronrede folgendes Resumee:

Der König drückt seine hohe Befriedigung aus, daß er zum ersten Male die Session des gesetzgebenden Körpers des Königreiches Rumänien eröffnen könne, welches sympathisch von allen Mächten anerkannt wurde, mit denen es durch die freundschaftlichsten Beziehungen verbunden sei. Die äußeren Verhältnisse berechtigten zu der Hoffnung auf eine Aera der Ruhe und des Friedens. Dieser Moment sei günstig, um mit der Vervollständigung und der Verbesserung der Gesetzgebung sich zu befassen. Die Thronrede zählt das bisher Geschehene, sowie dasjenige auf, was noch zu thun erübrige, um die Entwickelung zu fördern. Bezüglich der Donaufrage sagt die Thronrede: Die Nothwendigkeit, fremde Handelsschiffe und die Flagge anderer Nationen baldmöglichst in unsere Häfen zu ziehen, wird um so lebhafter empfunden, als unser Handel oft beim Export über die Landgrenzen verschiedenen Hindernissen begegnete und derselbe seit einiger Zeit unter dem Vorgeben einer Viehseuche sogar Gefahr läuft, daß ihm diese Grenzen für die Viehausfuhr vollständig geschlossen werden. Unsere vitalen Interessen gebieten demnach darüber zu wachen, daß wir wenigstens auf der Donau nicht unter Bedingungen zu leiden haben, die geeignet wären, unsere Entwickelung zu hemmen und die die freie Schifffahrt für uns zu einem illusorischen Rechte machten. Die Geschicke Rumäniens waren stets und bleiben eng verbunden mit der Donaufreiheit. Die Rumänen erwiesen sich auch stets dankbar gegen Jene, welche zur Emanzipirung des großen Flusses von jeder ausschließlichen Präponderanz beitrugen. Die Rumänen schöpfen dieses Erkenntlichkeitsgefühl aus der tiefen Ueberzeugung, daß die Donaufreiheit die wesentliche Bedingung der politischen und ökonomischen Entwicklung ihres Landes ist. Diese Ueberzeugung nöthigt uns die Pflicht auf, keine Kombinationen zu unterschreiben, deren Wirkungen dahin gingen, daß die Schifffahrt vom Eisernen Thor bis Galatz der präpondirenden Aktion einer einzigen Macht vorbehalten bliebe. Wir wollen Niemanden schaden; allein wir wollen und müssen wollen die absolute Donaufreiheit, wenigstens in unseren Gewässern und wir sind jetzt und künftig zu allen Opfern bereit, die nothwendig sind, um die absolute Leichtigkeit der Schifffahrt in jeder Beziehung zu sichern. Wir acceptiren strengstens die Reglements, welche bestimmt sind, die Freiheit aller Flaggen zu garantiren. Wir acceptiren strengste Ueberwachung der Ausführung der Reglements, allein wir beanspruchen auch, daß die Reglements in den rumänischen Gewässern von rumänischen Behörden ausgeführt werden. Thatsächlich, selbst wenn man für den Moment die zu unseren Gunsten sprechenden Bestimmungen der Verträge und des Völkerrechts bei Seite läßt, ist nicht aus dem Auge zu verlieren, daß Niemand an der Sicherung, Freiheit und Prosperität der Donauschifffahrt mehr interessirt ist als wir. (Wiederholter, lebhafter Beifall.) Die Thronrede konstatirt sodann, daß man die glücklichen Resultate der Finanzverwaltung besonders dem Geiste der Klugheit und Sparsamkeit verdanke. Die Regierung werde Gesetzentwürfe zur Verbesserung der sozialen Lage der Landbevölkerung vorlegen; die Armee-Organisation werde unablässig fortgesetzt.

— Wie man der „Nat.-Ztg." aus London meldet, ist an das englische Kabinet analog wie an Preußen die Frage gelangt, welcher Aufnahme der Wunsch des Papstes, nach Malta überzusiedeln, begegnen würde. Trotz der katholisirenden Neigungen Gladstones ist die Antwort ablehnend ausgefallen. Selbst in Malta erschien dem leitenden Staatsmanne das Papstthum zu nahe an das englische Staatswesen herangerückt, man wollte nicht dem Papstthum durch Aufnahme auf englischem Boden den Charakter einer englischen Institution neben dem internationalen Charakter aufdrücken. Es ist für die Bestrebungen des Papstthums sehr bezeichnend, daß es wegen seines zukünftigen Sitzes gerade mit den beiden protestantischen Vormächten in Verhandlung getreten ist.

Die Vorgänge in Frankreich, wo ein entschlossenes Vorgehen gegen den Klerikalismus sich ankündigt, haben übrigens lebhafte Besorgnisse im Vatikan hervorgerufen; der Kardinal Guibert, Erzbischof von Paris, ist dorthin berufen worden und hatte Freitag Abend, wie aus Rom gemeldet wird, mit dem Papste und Kardinal Jacobini eine fünfviertelständige Unterredung.

— Die Abgg. Frhr von Beaulieu-Marconnay (nationalliberal), Dr. Dohrn (liberal) und Herz (Fortschritt) haben eine Einladung an die Mitglieder ihrer Fraktionen zu einer wöchentlich einmal im Kaiserhof abzuhaltenden Vereinigung Zwecks Erleichterung persönlicher Beziehungen ergehen lassen.

— Bei der gestern um 12½ Uhr stattgefundenen Audienz des Reichstagspräsidiums beim Kronprinzen hatte dasselbe sich einer sehr freundlichen Aufnahme zu erfreuen. Politische Aeußerungen fanden nicht statt. Der Kronprinz theilte den Präsidenten mit, daß das Unwohlsein des Kaisers fast vollständig gehoben sei.

— Das Abendblatt des „Berliner Börsen-Courier" vom Sonnabend ist polizeilich mit Beschlag belegt worden. Die Gründe hierfür sind dem „Börsen-Courier" unbekannt.

— Nach einer Zusammenstellung liberaler Blätter sind in Folge des sogen. kleinen Belagerungszustandes aus Berlin 155, aus Hamburg, Altona und Umgegend 195, aus Leipzig und Umgegend 70 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ausgewiesen worden. Von diesen haben nachträglich die Erlaubniß zur Rückkehr erhalten nach Berlin 6, nach Hamburg 7, nach Leipzig 4.

— Der Berliner Tagesexpreßzug, welcher am Sonnabend 4 Uhr Nachmittags in Breslau eintreffen sollte, ist beim Passiren der englischen Weiche der Station Mochbern (die letzte Station vor Breslau) um 3 Uhr 51 Min. entgleist. Die Maschine, der Tender, der Post- und der Packwagen stürzten um. Außer einigen Kontusionen, welche der begleitende Postsekretär erlitten hat, sind keine gefährlichen Verletzungen vorgekommen. Der Zug traf mit einer Verspätung von 2 Stunden dort ein.

— Zufolge Telegramms aus Peking ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mittheilt, der deutsche Dampfer „Quinta" aus Flensburg bei der Insel Hainan gestrandet und geplündert worden. Das kaiserliche Kanonenboot „Wolf" ward sofort dahin abgesandt, und in Folge der von dem kaiserlichen Gesandten bei der chinesischen Regierung gethanen Schritte hat dieselbe strenge Untersuchung zugesagt.

— Der Reichskanzler Fürst Bismarck begab sich, wie wir erfahren, am Sonntag Nachmittag zum Vortrage zu Sr. Maj. dem Kaiser ins königliche Palais.

Ausland.

Wien, 26. November. In Ungarn erheben sich Proteste gegen den Aufruf des deutschen Schulvereins in Berlin, welcher auch den Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen zu Hülfe zu eilen die Absicht hat. Im „Neuen Pester Journal" wird heute ausgeführt, daß die im Aufrufe enthaltene Behauptung, die Zahl der deutschen Volksschulen werde von Jahr zu Jahr vermindert, auf Unkenntniß der ungarischen Verhältnisse beruhe. Das Volksschulwesen in Ungarn sei ganz den autonomen Konfessionen und Gemeinden anheimgegeben und die Sprache der Volksschule sei die der Gemeindebewohner. Es giebt in Ungarn so viele deutsche, slavische oder rumänische Volksschulen, als es deutsche, slavische oder rumänische Gemeinden giebt. Deutsche Gymnasien aber hat es, wie in dem Artikel weiter ausgeführt wird, im engeren Ungarn niemals gegeben, mit Ausnahme der kurzen Spanne Zeit — etwa neun Jahren — des starren österreichischen Absolutismus, der in einigen Städten gemischter Nationalität eine Anzahl deutscher Gymnasien und Realschulen als Staatsanstalten mit deutscher Vortragssprache ins Leben rief. Als dann der ungarische Staat wieder in seine Rechte trat, wurde diesen aus dem ungarischen staatlichen Schulfonds erhaltenen germanisirten Anstalten wieder jener nationale Charakter gegeben, den sie von jeher besessen hatten. Dasselbe gilt in viel höherem Maße von der Landes-Universität in Pest und von dem höheren Unterrichte überhaupt. Denn der ungarische Charakter dieses Staates, die politische Einheit, welche die sprachliche Einheit unbedingt erfordert, bewirkt, daß — von der historischen Entwickelung ganz abgesehen, von der doch niemals abzusehen ist — jeder höhere Unterricht den Bürger dieses Landes befähigen muß, Theilhaber und Träger dieser ungarischen Staatseinheit zu werden, welcher Race und Abstammung auch dieser Bürger sei, und wenn er sich auch im Privatleben, in der Familie nicht der ungarischen Sprache bedienen sollte. Allerdings ist es in Ungarn nicht üblich, den Staatsbürger nach der Race und Abstammung zu unterscheiden. Ein Band des nationalen Gemeinschaftsbewußtseins umschließt die Bürger dieses Landes und die „Deutschen", die ungarischen Bürger deutscher Abkunft und deutscher Sprache gehen allen voran in der innigen Pflege und Kräftigung dieses edlen Verhältnisses und sie haben ihre guten Gründe dafür. Das Deutsche ist ein obligater Gegenstand jeder Lehranstalt, welche über der Volksschule steht, und es wird demnach an den Gymnasien und Realschulen volle acht Jahre hindurch unterrichtet, gleichviel welcher Provenienz diese Mittelschulen auch seien. Nicht nur die Staatsschulen, nicht blos die Lehranstalten der mit deutschen Elementen versetzten Konfessionen halten hieran fest. Selbst jene Kirchengemeinschaft des reinsten Race-Magyarenthums, die Bekenner der „ungarischen Religion", die helvetische Landessynode hat an dem obligaten Charakter des deutschen Sprach- und Literatur-Unterrichts festgehalten. Es dürfte daher kaum einen zweiten nichtdeutschen Staat Europas geben, der in allen seinen Theilen, auf seinem ganzen Gebiete in so wirksamer Weise für die Ausbildung in deutscher Sprache Mittel und Gelegenheit geben würde wie Ungarn. Was nun Siebenbürgen betrifft, so sei einfach auf die Thatsache hingewiesen, daß der Sachsenboden, trotz der administrativen Umgestaltungen, in sozialer und pädagogischer Hinsicht seinen deutschen Charakter vollkommen beibehalten hat, daß nichts geschehen und nichts geplant wird, was auf sozialem und kulturellem Gebiete diesen deutschen Charakter bedrohen würde.

Paris, 27. November. Die angekündigte Ernennung des Direktors der politischen Angelegenheiten im auswärtigen Amt, de Courcel, zum Nachfolger des Grafen de Saint-Vallier ist zwar noch nicht unterzeichnet, da dem Gebrauche gemäß deshalb vorher beim Berliner Hofe angefragt werden muß. Diese Ernennung darf aber als unzweifelhaft gelten und wird wohl allseitig als eine durchaus befriedigende Lösung der wichtigen Frage erachtet werden, zumal da Baron de Courcel, der in Heidelberg studirt hat, ein Kenner der deutschen Verhältnisse ist. Betreffs Challemel Lacour's wird heute versichert, derselbe beabsichtige allerdings den Londoner Botschafterposten aufzugeben, wünsche aber vorläufig keine andere offizielle Stellung.

Konstantinopel, 22. November. Die Pforte steckt in allerlei kleinen Häkeleien, welche zu diplomatischen Verhandlungen Anlaß gaben. Die erste Streitfrage liegt folgendermaßen: Die Botschafter der sechs Mächte theilten der Pforte zu Ende der vorigen Woche mit, die beste Art, den Streit über die griechische Grenze bei Kritiri und Zarkos beizulegen, würde die sein, daß man sich wörtlich an den Vertrag hielte; die Pforte aber glaubt das nicht zugeben zu können, sodaß über den Punkt weiter hin- und hergeschrieben wird. Ein anderer Streitpunkt bezieht sich auf die österreichische Aushebung in Bosnien und der Herzegowina; diese steht mit den im Berliner Vertrage vorbehaltenen Souveränetätsrechten in so offenbarem Widerspruch, daß die Vermuthung nahe lag, die Pforte würde

gegen die Maßregel Berufung einlegen, und so haben denn hiesige Quellen schon die Nachricht gebracht, man wolle den auswärtigen Kabinetten ein Protestrundschreiben zustellen. Der „Vakit" stellt das offiziös in Abrede; in der That ist die Regierung über das, was zu thun sei, noch nicht schlüssig geworden; indessen man nimmt, auch in diplomatischen Kreisen, allgemein an, daß die Sache wirklich mit einer Protestnote endigen werde. In Angelegenheit des von den Griechen aufgehobenen türkischen Postamts zu Larissa hat die griechische Regierung erklärt, von ihrem Standpunkt aus sei das Fortbestehen des genannten türkischen Postamts unzuläßig, und die Pforte hat darauf der griechischen Gesandtschaft eine Note überreicht mit dem Ersuchen, die griechischen Postämter im osmanischen Reiche binnen drei Tagen aufzulösen; geschähe das nicht, so würde die Türkei sich genöthigt sehen, ihrerseits gegen diese Aemter das „Exmissionsverfahren" in Anwendung zu bringen. Schließlich hat die Pforte ein Rundschreiben an ihre Vertreter im Auslande erlassen, in welchem die Stellung der Konsuln im hiesigen Lande besprochen wird. Sie wünscht, daß den Konsulaten ein rein kommerzieller Charakter beigelegt werde, da die politischen Interessen des Auslandes schon durch die Botschafter hinreichend gewahrt werden. Eine Hauptveranlassung für die Türkei, die Festsetzung dieses Punktes zu wünschen, ist wohl die, die Exterritorialität, welche den hiesigen Konsulaten zugestanden worden, von einzelnen mißbraucht worden ist — es sind geradezu Schmuggeleien in großem Maßstabe vorgekommen.

Räubergeschichten aus allen Theilen des Reiches werden noch in Menge gemeldet. Auf der Strecke zwischen Saloniki und Skutari soll endlich eine Besserung eintreten. Die Straße zwischen diesen beiden Städten war seit Jahren geradezu außer Gebrauch gesetzt, weil die Räuber jeden Transport auf ihr unterbrachen. Jetzt sind Abtheilungen von Truppen hingeschickt worden, um den Weg von Strecke zu Strecke zu besetzen und die Sicherheit wieder herzustellen. Es wird aber zweckmäßig sein, daß man diese Soldaten bezahlt — sonst stehlen sie mit.

Heute reist Ali Nizami Pascha ab, um dem deutschen Kaiser das Großkreuz des türkischen Verdienstordens zu überbringen; ihn begleitet der zweite Privatsekretär des Sultans, Reschid Bey. Dieser, ein ziemlich junger Mann, ist einer der geistvollsten und begabtesten Männer des Reichs und ein bewußter Förderer der hiesigen Reformbestrebungen. Man kann ihn geradezu als den Hauptträger der gesunden Ansichten in der Umgebung des Sultans und als die Zukunftshoffnung der Türkei bezeichnen. Er will sich auf seiner Reise über abendländische, besonders deutsche Verhältnisse genau unterrichten, und diese Kenntnisse werden später jedenfalls seiner hiesigen Thätigkeit sehr förderlich sein.

London, 25. November. Das Unwohlsein des deutschen Kaisers hat in Anbetracht des hohen Alters des greisen Monarchen in England die ernsteste Besorgniß wachgerufen und es darf nicht wunder nehmen, wenn trotz der besser lautenden ärztlichen Nachrichten manche Blätter bereits die Tragweite erörtern, welche ein Thronwechsel in Deutschland für die Geschicke Europas haben könnte. Der „Standard" widmet dieser Frage einen Leitartikel, an dessen Schlusse wir lesen: „Wir wollen nicht sagen, daß der Tod des deutschen Kaisers Europa mit einem Kriege bedrohen würde; aber er würde gewiß die sichtbarste, einflußreichste und festeste Friedensbürgschaft beseitigen." Es bedarf nicht der Hinzufügung, daß die neueren günstigeren Nachrichten über des Kaisers Befinden allseitig mit wärmster Freude begrüßt worden sind.

Der Vizekönig von Irland stattete mit seiner Gemahlin am Mittwoch der Hauptstadt der irischen Leinenindustrie, Belfast, einen Besuch ab. Er wurde in würdigster Weise von den Spitzen der Behörden und Vertretern des Kaufmannsstandes empfangen und nichts verrieth den Zwiespalt, welcher in dem Lande besteht. In Beantwortung einer ihm überreichten Adresse bedauerte der Vizekönig, daß er noch keine Hoffnung zur Beschränkung oder gänzlichen Beseitigung des Zwangsgesetzes sehe. In seiner Bankettrede sagte der Earl Cowper, zum Aufblühen der irischen Industrie sei es vor allem nothwendig, daß Gesetz und Ordnung wiederhergestellt werden. Er bekundete seine völlige Uebereinstimmung mit den Ansichten und Maßnahmen der Regierung und erklärte, daß er fest entschlossen sei, auf seinem Posten trotz aller Schwierigkeiten, welche die Lage biete, zu verharren. Wie immer diese Schwierigkeiten beseitigt werden möchten, darüber seien sich alle Parteien im Vereinigten Königreiche, mit Ausnahme der selbstsüchtigen Empörer vom Schlage Parnells, einig, daß die Zusammengehörigkeit der drei Königreiche aufrechterhalten werden müsse.

Provinzielles.

Stettin, 29. November. Verhandlungen der Delegirten der Ornithologischen Vereine Pommerns und Mecklenburgs. Dr. Bauer-Stettin begrüßt die anwesenden Delegirten unter Hinweis auf das längere Bestehen der einzelnen Vereine und die sich seit längerer Zeit mehr und mehr herausstellende Nothwendigkeit einer Vereinigung dieser Vereine zu einem Central-Verbande. Er verliest dann die eingegangenen Schreiben. Im ersten bedauert der Präsident der Allgemeinen Deutschen Ornithol. Gesellschaft E. v. Homeyer durch seinen Gesundheitszustand behindert zu sein an den Verhandlungen Theil nehmen zu können. Im zweiten Schreiben erklären die Delegirten für Demmin an den Verhandlungen nicht theilnehmen zu können, stellen aber den Beitritt ihres Vereins in Aussicht. Im dritten schreibt der Vorsitzende des Vereins in Greifswald, daß die General-Versammlung dort nunmehr beschlossen habe, dem zu gründenden Verbande nicht beizutreten. Dr. Bauer theilt betreffs des letzten Schreibens mit, daß letzterer Verein gewünscht habe, daß die Delegirten nach Greifswald berufen würden; da indeß die hinterpommerschen Vereine für Stettin gestimmt hätten, so sei auch noch einmal an sämmtliche Vereine Vorpommerns und Mecklenburgs geschrieben und hätten diese, selbst Stralsund, Rostock 2c. sich für Stettin erklärt. Dies sei dem Greifswalder Verein mitgetheilt und dieser habe dann, wie mitgetheilt, geantwortet. Hierauf werden die anwesenden Delegirten und die anwesenden Vereine notirt. Es ergiebt sich, daß neun Vereine mit ca. 900 Mitgliedern vertreten sind durch 12 Delegirte und zwar: Wollin durch Amtgerichts-Sekretär Paske; Stargard durch Stadtrath Zühl und Thierarzt Falk; Schivelbein durch Direktor Dr. Gruber; Rostock durch Kaufmann C. Petermann; Stralsund durch Kaufmann Robert Mayer, Swinemünde durch Sanitätsrath Dr. Wilhelmy; Belgard durch Konditor Wendt; Stavenhagen durch Kaufmann Kreutz; Stettin durch Dr. Bauer, Kaufmann Freese und Lehrer Röhl. Ins Bureau werden gewählt I. Vorsitzender Dr. Bauer-Stettin, II. Vorsitzender C. Petermann-Rostock, Sekretär Röhl-Stettin. Demnächst gelangen folgende Statuten zur Annahme: § 1. Der Verband hat den Zweck die Interessen der Ornithologischen Geflügel-, Vogelzucht- und Vogelschutzvereine Pommerns und Mecklenburgs gemeinsam zu vertreten und deren Thätigkeit nach gewissen Normen zu regeln. § 2. Erreicht wird dieser Zweck: a. durch eine jährlich zu berufende Versammlung von Delegirten der einzelnen Vereine, welche mit Vollmachten seitens ihrer Vereine versehen sein müssen. Die Beschlüsse dieser Delegirten-Versammlung sind bindend für die einzelnen Vereine. b. Durch Begründung eines jedem Verbandsverein, resp. deren Mitgliedern zugänglichen Verbandsorgans. c. Durch Regelung der innerhalb des Verbandes seitens der Vereine zu veranstaltenden Ausstellungen. § 3. Der Beitritt der einzelnen Vereine P. und M. zum Verbande erfolgt unter Annahme der Verbandsstatuten durch Anmeldung beim Verbandsvorstande und Uebersendung eines Berichts über Statuten, Mitgliederzahl 2c. § 4. Jeder dem Verbande beigetretene Verein leistet aus seiner Kasse zu den aus der Geschäftsführung des Verbandes erwachsenden Kosten einen Beitrag von 50 Pf. für jedes Mitglied und sendet denselben unter Beifügung des Mitgliederverzeichnisses innerhalb der drei ersten Monate des Kalenderjahres jedesmal an die Kasse des Verbandes ein. § 5. Jeder Verein wählt pr. 100 seiner Mitglieder einen Delegirten und darf für eine Restzahl über 50 einen ferneren wählen, doch können mehrere Stimmen auf eine Person übertragen werden. Vereine unter 100 Mitglieder wählen einen Delegirten. § 6. Die Wahl der Delegirten findet auf 1 Jahr und spätestens sechs Wochen vor Zusammentritt des Delegirtentages statt. § 7. Zeit und Ort des Zusammentritts der Delegirten wird durch jeden vorangehenden Delegirtentag bestimmt, und soll dabei möglichst jeder Vereinsort Berücksichtigung finden. § 8. Der Vorstand desjenigen Vereins, an dessen Domizil der Delegirtentag stattfindet, übernimmt die Leitung der Geschäfte des Verbandes für das laufende Jahr. § 9. Der Delegirtentag regelt das Ausstellungswesen und bestimmt Ort und Zeit der Ausstellungen, und nach welchem Modus diese, sowie die Verloosungen, Prämiirungen 2c. stattfinden sollen. § 10. Er bestimmt ferner die Art und Weise der Herausgabe des Verbandsorgans. § 11. Die Uebergabe der Geschäfte des abgelaufenen Jahres seitens des Vorstandes findet bei Beginn des neuen Delegirtentages statt. § 12a. Der Austritt eines Vereins aus dem Verbande kann nur auf dem Delegirtentage gemeldet werden und verbleibt der betreffende Verein bis zum Zusammentritt des nächsten Delegirtentages in dem Verbande. § 12b. Statutenänderungen können nur mit $^2/_3$ Majorität angenommen werden und treten erst mit dem nächsten Vereinsjahr in Kraft. — Als Orte für die nächsten Ausstellungen werden auf Antrag v. Mayer-Stralsund und Wendt-Belgard, Stralsund und Schivelbein event. Belgard in Aussicht genommen. Schließlich beantragt Stadtrath Zühl-Stargard 1. daß jeder Verein 4 Wochen nach Empfang des Verbandsstatuts sich definitiv zu erklären habe, ob er dem Verbande beitreten wolle. 2. Daß die erste Versammlung der Delegirten der dem Verbande beigetretenen Vereine nach Ort und Zeit bestimmt werde und zwar schlägt Antragsteller vor, dieselbe im Februar in Stettin stattfinden zu lassen. Die Versammlung erklärt sich nach langer Diskussion mit diesen Anträgen einverstanden.

— In der Woche vom 21. bis 28. d. Mts. sind bei der königlichen Polizei-Direktion angemeldet:

Gefunden: 1 Brieftasche, enth. 1 Schein für Bremser König — 1 kleiner Messingschlüssel — 1 Bund kleiner Schlüssel (6 Stück) am Ringe — 1 Dienstbuch für Anna Ehmke — 1 Tauende (Manilla), 30 Faden lang, 4 Zoll stark, und 1 Tauende (Hanf), 44 Faden lang, 2½ Zoll stark — 2 Enten — 1 kleine schwarze Brieftasche, enth. Visitenkarten — 1 Partie Gewichtstücke — 1 neues Kontobuch mit Marke: Kontobücher Fabrik von Julius Nipprasch in Stettin — 1 Packet mit 3 Paar weißen gewebten Herren-Unterbeinkleidern — 1 langes Tauende — 1 vergoldetes Ohrgehänge — 1 schwarz seid. Damen-Regenschirm — 1 Brieftasche mit Papieren für Zimmerer Karl J. F. Lange — 1 schwarze, rothgefütterte Reisedecke — 1 Prahmboot, gez. Schneider.

Verloren: 1 schwarz ledernes Portemonnaie, enth. 15 Mark — 1 blau wollene Pferdedecke, gez. S. K. & F. — 1 Mantelkragen von dickem schwarzen Stoff, an den Seiten mit schwarzem Rips und Perlen besetzt — 1 silberne Ankeruhr mit Goldrand und Sekundenzeiger; auf der äußeren Rückseite gez. G. P. — 1 braun seidene Damentasche mit Stickerei, enth. 1 Portem. mit über 6 Mk., 1 Schlüssel und 1 weißes Taschentuch, gez. E. K. — 2 Schlüssel am Ringe — 1 Gesindebuch für Karl Neumann — 1 schwarz ledernes Portemonnaie mit 19 Mark 75 Pf. — 1 dunkelgrünes Portemonnaie, enth. 6 Mark 20 Pf. und 1 Zettel von Neidlinger.

— Dem ehemaligen Gefreiten im 2. pomm. Ulanen-Regiment Nr. 9, jetzigen Arbeiter Wilhelm Wüstenberg zu Klinkenberg im Kreise Demmin ist die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Eine weint, die Andere lacht." Schausp. 4 Akten.

Vermischtes.

— (Meuchelmord.) Der Buchhalter des zoologischen Gartens in Köln, Schmidt, Vater von sechs Kindern, ist, wie von dort geschrieben wird, am Sonnabend Abend auf dem Heimwege auf der Rheinpromenade am Kaisergarten meuchlings erschossen worden. Am Orte der That fand man heute früh ein Militärgewehr, in dessen Lauf die Hülse einer abgeschossenen Patrone steckte. Die Kugel, die in den Rücken eingedrungen war und den Körper durchbohrt hatte, scheint in der That ein Militärgeschoß gewesen zu sein; auch ist kurz vor dem Morde ein Soldat mit einem Gewehr in der Nähe des Thatortes gesehen worden. Doch richtet sich der Verdacht auch gegen einen Eisenbahnbeamten, der in Feindschaft mit dem Ermordeten gelebt hat. Letzterer soll nach empfangenem Schusse wiederholt dessen Namen gerufen haben.

— (Zwei schweizer Oberste.) Zur Schlichtung eines zwischen zwei eidgenössischen Obersten Ott und v. Sinner bei den letzten Nationalrathswahlen ausgebrochenen Streites war in Bern ein militärisches Ehrengericht einberufen worden, bestehend aus General Herzog, Divisionär Oberst Meyer und den Waffenchefs Oberst Zehnder, Oberst Peiß und Oberst Dumur; dasselbe hat vorgestern seinen Schiedsspruch abgegeben. In dem „Berner Volksblatt" war Oberst Ott in Bezug auf seine Sendung nach dem letzten russisch-türkischen Kriegsschauplatze, wo er im Auftrage des Bundesrathes die russischen Erdverschanzungen hatte studiren sollen, mit Anschuldigungen erbärmlichster Art überhäuft worden. Darauf hatte der Angeschuldigte im „Bund" eine geradezu gegen Oberst v. Sinner als Patron jenes Blattes gerichtete Erklärung abgegeben, welche die ihm gemachten Vorwürfe als ehrlos bezeichnete und mit einem „Pfui Teufel, Herr Kamerad!" endigte. Auf eine Erwiderung des Obersten v. Sinner, daß er von jenen Angriffen im „Volksblatt" nichts wisse und dessen Redakteur gar nicht kenne, antwortete Oberst v. Ott mit einer weiteren Erklärung, welche von der ersten keine Silbe zurücknahm, sondern, da die Angriffe auf ihn in jenem Blatte fortgesetzt wurden, Oberst v. Sinner noch den Vorwurf machte, er wolle sich von der Mensur drücken, während „sein Knecht im Volksblatt gegen ihn mit der Mistgabel zu fuchteln fortfahre". Der von dem Ehrengericht abgegebene Schiedsspruch lautet nun dahin: Die Angriffe auf Oberst Ott im „Volksblatt" sind vollständig grundlos und um so mehr zu tadeln, als sie dazu angethan sind, die Disziplin der Armee zu untergraben. Die Entrüstung des Obersten Ott ist begreiflich; dagegen hätte er den Oberst v. Sinner nicht mit in die Polemik verflechten sollen, während es Pflicht des Letzteren gewesen wäre, jene Angriffe in dem von ihm unterstützten Blatte zu verhindern und zu mißbilligen. Oberst Ott hatte keinen Grund, dem Oberst v. Sinner das Wegbleiben von der Mensur vorzuwerfen, da dieser ohne das Dazwischentreten höherer Offiziere eine Entscheidung durch die Waffen würde herbeigeführt haben. Schließlich werden beide Gegner ermahnt, ihre kameradschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen. Allgemein ist man in Bern der Ansicht, daß das Ehrengericht nach beiden Seiten hin das Richtige getroffen hat; in der deutschen oder französischen Armee würde der Streit freilich ein anderes Ende genommen haben.

— Ein Gehängter, der durchgeprügelt wird, das dürfte noch nicht dagewesen sein! In der Nacht zum Donnerstag wurden die Bewohner eines Hauses in Frankfurt a. M., unweit vom Roßmarkte, durch einen fürchterlichen Skandal im unteren Stock, den ein Kaufmann bewohnte, aus dem Schlafe geschreckt. Man hörte Fluchen und Poltern, Klirren zerbrechenden Geschirrs, das Krachen umstürzender Möbel, und man wollte eben nach der Polizei schicken, als plötzlich Alles still wurde. Nach kaum zwei Minuten aber ertönte ein ganz erschreckliches Geschrei, und nun entschlossen sich die Bewohner, die Oeffnung der Thüre zu fordern. Das Geschrei dauerte indeß noch ein Weilchen, und geöffnet wurde gar nicht, sondern eine weibliche Stimme bat von Innen die Einlaß Begehrenden, sich zu beruhigen, morgen würde Aufklärung erfolgen. Und sie ließ zum Gaudium Aller nicht auf sich warten. Der Kaufmann war, der „Frkf. Pr." zufolge, Nachts, wie schon oft, stark angetrunken nach Hause gekommen, hatte mit seiner Frau Streit angefangen und ihr schließlich das Mobiliar klein geschlagen. Nachdem er so sein Müthchen gekühlt hatte, nahm er einen Strick und hing sich am Kronleuchter auf, gerieth jedoch mit den Händen zwischen Hals und Strick und erreichte deshalb weiter nichts, als daß er hülflos in der Luft baumelte. Seine Frau faßte jetzt Muth, ergriff entschlossen einen Rohrstock und applizirte ihrem liebenswürdigen, in adamitischem Kostüm dahängenden Gatten, der ganz erbärmlich dabei schrie, eine gründliche Lektion auf die Schattenseite des menschlichen Daseins, in welcher angenehmen Beschäftigung sie sehr unliebsam durch das Sturmläuten der Hausbewohnerschaft gestört wurde. Noch ein Dutzend kräftige Hiebe und die Exekution war beendet, worauf die resolute Frau die Nachbarn, wie oben erwähnt, beruhigte und dann den ganz zahm gewordenen Gatten aus seiner hülflosen Lage befreite.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 28. November. Der Kanonikus Dr. Künzer ist Nachts 12 Uhr gestorben.

Baden-Baden, 23. November. Der Großherzog hat am Sonnabend zum ersten Male das Bett verlassen und sich im Rollstuhle nach dem Gartensalon begeben, wo ihn seine Tochter, die Kronprinzessin von Schweden, zum ersten Male begrüßte.

Arolsen, 28. November. Der König und die Königin von Holland sind hier angekommen.

Wien, 27. November. Die der „Agence Havas" aus Skutari gemeldete Nachricht, daß Crivoscianer Insurgenten sich dreier Blockhäuser bemächtigt und die Garnisonen derselben gefangen genommen hätten, wird von kompetenter Seite in ihrem ganzen Inhalte als unrichtig bezeichnet.

Paris, 28. November. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Resultaten der Wahlen der Delegirten für die Senatorenwahlen gehören viele der Gewählten der opportunistischen Partei an; auch sollen viele Maires gewählt sein. Die definitive Feststellung der gesammten Resultate dürfte erst in einigen Tagen möglich sein.

Konstantinopel, 27. November. In der heutigen Sitzung der türkisch-russischen Finanzkommission überreichten die türkischen Delegirten ein Verzeichniß der Einkünfte, welche nach ihrer Ansicht entweder noch unbelastet sind oder von der darauf lastenden Spezialhypothek befreit werden können. Diese Einkünfte sind nach dem Verlangen der russischen Delegirten lokalisirt und werden die letzteren diese Kombination prüfen. Rücksichtlich der Erhebung dieser Einkünfte bestehen die Vertreter Rußlands nicht darauf, daß eine spezielle russische Bank mit derselben betraut werde. Die Erhebung soll entweder vermittelst zweier Banken, nämlich einer türkischen und einer russischen, oder durch einen subalternen russischen Agenten bewerkstelligt werden.

Konstantinopel, 27. November. Der griechische Gesandte Conduriotis hat gegen die Schließung der griechischen Postanstalten protestirt und an die Botschafter der europäischen Mächte appellirt. Letztere haben heute bei dem Minister des Auswärtigen, Assym Pascha, Schritte gethan und ihm maßvolle Haltung anempfohlen.

Rom, 27. November. Der italienische Botschafter in Konstantinopel wird am Dienstag dem Sultan in feierlicher Audienz das Collier des Annunziaten-Ordens überreichen.

Rom, 28. November. (B. B.-C.) In dem Vatikan nahestehenden Kreisen verlautet von einer abgeschlossenen Uebereinkunft betreffs Ernennung des Abbé Prinz Radziwill (Centrum) als Gesandten beim Vatikan.

London, 27. November. Der Staatssekretär für Indien, Marquis of Hartington hielt gestern in Blackbourne eine Rede, in welcher er auf die Nothwendigkeit hinwies, daß nicht eine Macht, sondern das gesammte Europa auf die Ausführung sämmtlicher Bestimmungen des Berliner Vertrages dringe. Bezüglich der gegenwärtigen Lage der Dinge in Irland sagte der Redner, dieselbe habe große Beunruhigung und eine arge Enttäuschung hervorgerufen. Es werde nöthig sein, die Frage einer Kompensation für die Grundbesitzer in Erwägung zu ziehen. Die Regierung werde nicht aufhören, mit Festigkeit, gleichzeitig aber auch mit unerschöpflicher Geduld vorzugehen.

London, 28. November. Gestern wüthete in ganz England ein heftiger Sturm, der in den Küstenstädten großen Schaden angerichtet und zahlreiche Schiffbrüche verursacht hat.

Die „Times" bespricht die zwischen der Türkei und Rußland in Konstantinopel geführten Verhandlungen und äußert sich dahin, daß die russischen Vorschläge, welche mit der vertragsmäßigen Verpflichtung Rußlands, für die Kriegsentschädigung weder eine Gebietsannexion, noch auch eine Priorität vor den bestehenden finanziellen Verbindlichkeiten der Pforte in Anspruch zu nehmen, im Widerspruch ständen, Gegenstände seien, welche eine Einmischung Europas erheischten und nicht durch private Unterhandlungen in Konstantinopel erledigt werden könnten.

Der am 8. v. Mts. wegen des Gold'schen Eisenbahnmordes zum Tode verurtheilte Lefroy hat nunmehr eingestanden, daß er nicht allein Gold, sondern auch im Februar dss. Js. den Genie-Lieutenant Roper in Chatham, letzteren angeblich aus Rache wegen Schmähung einer ihm befreundeten Schauspielerin, ermordet hat.